

# Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Pfingsten.

Nächst dem Weihnachtsfest erhebt uns kein Fest so wie das Pfingstfest. Das Osterfest mit seiner oft herben Frühlingsluft, mit seinen Frühlingsstürmen, ist noch mit Schnee und Regen, hält uns noch an enge Stube gefesselt. Aber das Pfingstfest mit heiterem Sonnenschein, mit seinem Grünen und seinen und mit dem tausendfältigen Gesang der buntesten Vogelwelt lockt auch den Ärmsten und Bemühtesten ins Freie, in den herrlichen, grünen Wald. Erschauen wir in aufjauchender Freude die Majestät der Natur. Hier erweitert sich unser Herz, und hier hebt sich zu himmelstürmender Größe und Hoheit der Sinn.

Ja, die Natur erhebt die Menschenseele und läßt sie die niedere, Gemeine, Alltägliche abstreifen. Und in der Ergriffenheit über all die herrliche Pracht, über die schöpferische Fülle, die uns hier umgibt, geloben wir uns, immer höher zu steigen im Ebelmut, in der Natur und im echten Brudersinn. Wir wollen göttlich werden, das heißt, wir wollen zu größtmöglicher Vollkommenheit und Hoheit der Seele gelangen. Denn das ist die Freiheit, und diese ist nötig.

Kein niederer, gedrückter und gebeugter Mensch kann sein. Die materiellen Sorgen, die Nöte und Entbehrungen, die damit verknüpft sind, stumpfen den Geist und ersticken das Streben nach höherer Bildung und Hoheit, und damit nach Macht.

So ist die Pfingstzeit geeignet, unsern Sinn zu erheben und uns innerlich frei zu machen. Damit werden wir den Weg zu äußerer Freiheit finden. Und darum ist uns das Pfingstfest so sehr, weil es uns erhebt über die Niedrigkeit, und wir erharren in Ungeduld der Herannahen dieses Festes. Ist die Pfingstzeit doch die Zeit der vollen gewerblichen Blüte. Bringt uns doch die so grünende, blühende Sommerzeit, die unsere so herrlich frei macht, volle Arbeit und wenigstens einen gewissen Verdienst. Die Wunden, die uns der Winter durch Entbehrungen geschlagen hat, verheilen sich allmählich, nun wir uns wieder in Arbeit und damit in den Verhältnissen befinden.

Über die Pfingstzeit pflanzt in uns auch zugleich die Hoffnung, dahin zu streben, unsere ökonomische Lage dauernd zu verbessern, daß uns des Winters Unbilden nichts anhaben können, daß wir dann nicht vor dem Hunger stehen und trostlos ins Leere starren. Nützen wir uns darum die Pfingst- und Sommerzeit, daß wir zu einer höheren wirtschaftlichen Geltung gelangen. Selbstverständlich ist Voraussetzung, daß wir einig, einig, einig sind. Noch aber stehen zahlreiche Kollegen in der Organisation fern, so oft auch schon an sie der Ruf erging, gemeinsam mit uns in Reich und Ruhm vorwärts zu schreiten. Unerbittlich verlangt die heutige Zeit den festen Zusammenschluß aller Klassen; darum muß jede sich bietende Gelegenheit genutzt werden, auf die innige Zusammengehörigkeit im Verband hinzuweisen. Willen wir unsern Namen und unsere Seele, damit wir dereinst in möglichster Freiheit leben und die vollen Früchte unserer Arbeit genießen. Dann blüht auch für uns immer die herrliche, erfüllte Pfingstzeit!

### Die Gewerkschaften auf der „Gesolei“.

Die große Ausstellung für Gesundheitspflege, Soziale Erziehung und Leibesübungen zu Düsseldorf, kurz „Gesolei“, ist am 8. Mai eröffnet worden. Damit ist die Öffentlichkeit die reichste und gewaltigste Schau zugänglich gemacht worden, die Deutschland in den letzten Jahren erlebt hat; ein Kulturwerk, mit dem die Kunst- und Wissenschaften in Düsseldorf ein leuchtendes Vorbild an Kraft und Energie gibt, das um so höher zu bewerten ist, als dort durch den Ruhrkampf jahrelang wirtschaftlich schwer zu leiden hatte.

Der Mittelpunkt der Ausstellung, deren architektonische und künstlerische Ausgestaltung ganz hervorragend ist,

soll stehen der arbeitende Mensch in all seinen Beziehungen zur Natur, zur Arbeit und Wirtschaft. Zeitgedanke der Ausstellung ist, alles zu zeigen, was dem arbeitenden Menschen und seiner Schaffenskraft schädlich und was sie zu fördern geeignet ist. Daher hat auch der VDB, als an ihn die Frage der Beteiligung gerichtet wurde, sofort zugestimmt; denn alles, was das Programm der „Gesolei“ enthält, haben die Gewerkschaften von Beginn ihrer Tätigkeit an auch als ihr Programm betrachtet und dafür in jahrelangen Kämpfen die schwersten Opfer gebracht. Soweit es unter den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhältnissen möglich war, haben nunmehr der Vorstand des VDB, und die Mehrzahl der ihm angeschlossenen Verbände — darunter auch unsere Organisation — versucht, auf der Ausstellung ein, wenn auch nicht in allen Einzelheiten erschöpfendes, so doch

### Goldene Pfingstzeit.

Du grünt es und blüht es,  
Du leuchtest und glüht es  
In blumiger Fülle,  
In duftiger Fülle.  
Du singst und nun klingst es,  
Du hüpfst und nun springst es,  
Und murmelnd die Quelle,  
Beschwälgig die Welle  
Im munteren Bach,  
Und heller, zwitschernder Finkenschlag.  
Vergessen die Sorgen  
Beim lachenden Morgen.  
Dings jubelnd jauchzende Fröhlichkeit,  
Das ist die goldene Pfingstzeit.

Ch. Lampe.

immerhin umfassendes und anschauliches Bild von ihrem Wirken zu geben. Durch das Entgegenkommen der Ausstellungsleitung war es möglich, diese erste Ausstellung des VDBs unserer Gewerkschaften in einer eigenen Halle zur Schau zu stellen. Die Halle schon allein wird einen Anziehungspunkt der Ausstellung bieten. Sie ist von dem bekannten Architekten Max Laut erbaut, der auch das Haus des VDB in Berlin errichtet hat.

Unser Verbandsvorstand hat nicht nur in einer eigenen Abteilung in der allgemeinen Ausstellung der Gewerkschaften seine sozialen und kulturellen Bestrebungen durch eine besonders auch den kunstgewerblichen Charakter des Malerwesens hervorhebende Darstellung vorgeführt, sondern auch in der Abteilung „Gesundheitspflege und Unfallverhütung“ durch ein unsern Forderungen entsprechendes Modell eines Weiterergriffes und verschiedene bildliche Darstellungen über unsere Berufskrankheiten und Unfallgefahren auf die Verfassung aufmerksam gemacht. Darüber werden wir noch eingehend in einer der nächsten Nummern unseres „Maler“ berichten, hoffen auch ferner, daß es einem größeren Teil unserer Kollegen — nicht nur des Rheinlandes — möglich sein wird, durch den Besuch der Ausstellung sich persönlich über das Dargebotene zu informieren.

Um den Besuch der Ausstellung auch Minderbemittelten zu erleichtern, werden von der Reichsbahnverwaltung Extrazüge zu ermäßigten Preisen (33 1/2 v. G. Preisermäßigung) abgefahren. Zunächst sind solche geplant von Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Karlsruhe, Kassel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Oldenburg und Trier. Es werden auch von jedem andern Orte Sonderzüge eingestellt, wenn sich wenigstens 400 Personen beteiligen.

Bei der Eröffnung der „Gesolei“ hielt unter anderm der preußische Ministerpräsident Genosse Braun folgende beachtenswerte Rede:

Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen ist ein Beweis dafür, daß die Stadt Düsseldorf ihrem alten Ausstellungsruhm treu bleiben will. Die preußische Staatsregierung aber begünstigt gerade diese Ausstellung um so herzlich, als sie der Ansicht ist, daß ein zielbewusstes Wirken zum Besten der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft, wie es die Gesundheitspflege und soziale Fürsorge in sich schließen, zu kaum einer

Zeit notwendiger war als in den gegenwärtigen Tagen der deutschen Wirtschaftskrise und allgemeinen Notlage.

Vor kurzer Zeit ist auf einer sozialen Tagung des Westens das Wort geprägt worden, daß der Mensch vor die Dividende gesetzt werden müsse. Diese Wortprägung bedeutet eine Kulturforderung, die hier vom industriellen und dicht bevölkerten Westen aus, wo die Wirtschaft wie das Volksleben immer lebhafter pulsierte, allüberall in Deutschland gehört werden sollte! Wie die Maschine in jedem Betrieb, damit er produktiv arbeiten kann, geölt und gepflegt werden muß, so geführt in viel höherem Maße noch dem Menschen und seinem wertvollsten und heute meist einzigen Gut, seiner Gesundheit und Arbeitskraft, sorgsamste Beachtung und planmäßige Fürsorge. Fürsorge im Volksstaat muß von der unbedingten Hochachtung vor der Persönlichkeit und Menschenwürde derjenigen, die zu betreiben sind, getragen sein! Sozialpolitik im modernen Sinne bedeutet in erster Linie möglichst Schadenverhütung und höchstprozentige Erhaltung der Lebenskraft und Arbeitsfähigkeit!

Man hört jetzt so oft in Wirtschaftskreisen bewegliche Klage über zu hohe soziale Lasten, die zumeist in der Forderung nach Ausbau unserer Sozialpolitik ausklingen. Diese Forderung geht fehl. Zugabe ist, daß die Lasten jetzt sehr drückend sind und um so drückender werden, je schlechter es der Wirtschaft geht, die sie zu tragen hat. Aber in keiner Zeit sind auch die Anforderungen an die soziale Fürsorge stärker und berechtigter als in solcher Zeit wirtschaftlicher Depression! Es wäre kurzsichtig, in solcher Zeit dem Ausbau der sozialen Fürsorge das Wort zu reden. Denn auf die Dauer kann im Rahmen der Weltwirtschaft nur das Volk lebensmutig und konkurrenzfähig bleiben, das in allen seinen Gliedern die Gedanken neuzeitlicher Gesundheitspflege und Fürsorgearbeit, die, wie ich glaube, einen Teil der so viel erörterten und überaus wichtigen Nationalisierung der Wirtschaft darstellen, bewußt und freudig bejaht.

Die aus dieser Bejahung entstehenden notwendigen Kosten müssen, auch und vielleicht gerade von einem verarmten Volk, nicht nur aus kulturellen und idealen, sondern auch aus wirtschaftlichen und nüchtern berechnenden Gründen aufgewandt und getragen werden. Ich freue mich, in der heutigen Ausstellung jene Bejahung des sozialen Gedankens erblicken zu dürfen!

Gesundheitspflege und soziale Fürsorge stehen in Wechselbeziehungen zu der Wirtschaftslage eines jeden Volkes. So ist auch der Krieg und seine Folgen, zu denen auch die traurige Wirtschaftskrise gehört, unter der unsere Bevölkerung jetzt leben muß, nicht ohne fühlbaren Einfluß auf den Gesundheitszustand unseres Landes geblieben.

Wenn gleichwohl heute die Gesamtsterblichkeit in Deutschland niedriger ist als im Jahre 1913 und wenn um das Jahre 1900 von unsern Säuglingen mehr als jeder fünfte im ersten Lebensjahre starb, während heute nur noch etwa jeder zehnte stirbt, so sind diese beiden Tatsachen ein Zeichen dafür, daß in der Nachkriegszeit trotz der riesengroßen Schwierigkeiten, die der verlorene Krieg im Gefolge hatte, tüchtige und erfolgreiche Arbeit für die Gesundung unseres Volkes geleistet worden ist.

Die bisherigen Erfolge dürfen uns jedoch nicht ruhen und rasten lassen! Denn die Auswirkungen der glücklicherweise hinter uns liegenden Inflationszeit und namentlich die gegenwärtige Bedrängnis der Wirtschaft haben Entbehrungen, Hunger und Krankheit in die weitesten Volksteile gebracht. Zur Vinderung und Abwehr dieser bedauerlichen Notstände sind gesteigerte Fürsorgebereitschaft und vermehrte Hilfeleistung erforderlich. Dieser Volksfürsorge, Volksgesundung und Volkserziehung neuen und zeitgemäßen Impuls zu geben, scheint mir Sinn und Zweck dieser Düsseldorfer Ausstellung zu sein!

Möge die „Gesolei“ den weitesten Kreisen Aufklärung, Belehrung und Anregung zu gesundheitsgemäßer Lebensführung, zur körperlichen und geistigen Erfrischung vermitteln. Dann wird sie, die ein Abglanz des verantwortungsbewußten Strebens der Wissenschaft und Wirtschaft und gleichzeitig ein kraftvolles Symbol für den unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes zum Leben ist, dem sozialen Fortschritt wertvollste Dienste leisten!

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Aus dem vorliegenden Ergebnis unserer Umfrage über den Stand der Arbeitslosigkeit in unserm Beruf ist zu schließen, daß in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, unsere Kollegen, wie in früheren Jahren, reißlos in Arbeit zu bringen. Die unvermindert anhaltende Wirtschaftskrise, die immer noch Millionen fleißiger Hände zur Untätigkeit verdammt, verschlechtert auch die Arbeitsmöglichkeiten unseres Berufes und besonders stark die unserer Kollegen in den Industriebetrieben. So ergibt sich aus unserer Statistik, daß die Arbeitslosigkeit in den Bezirken mit ausgesprochenem industriellem Einschlag am höchsten ist. Während



der Reichsdurchschnitt 8,9 % Arbeitslose in unserm Berufe beträgt, sind es im 1. Bezirk, dessen Ergebnis von den Verhältnissen im Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin bestimmend beeinflusst wird, 14,8 %, und noch schlechter steht es im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, in dem die Arbeitslosigkeit immer noch 18,9 vom Hundert der erfahrenen Berufskollegen beträgt und damit noch den Durchschnitt des Vormonats übersteigt. Am 24. April berichteten 184 Filialen mit 89428, davon 169 weiblichen, Mitgliedern. Gezählt wurden 3501 Arbeitslose, das sind 8,9 % aller vom Bericht erfahrenen Kollegen. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, wie ungünstig im Vergleich zum Vorjahre sich in diesem Frühjahr die Lage auf dem beruflichen Arbeitsmarkt gestaltet.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederszahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Januar ..	150	147	36 404	37 107	4 408	14 507	12,1	39,1
Februar ..	142	152	35 572	40 144	2 194	12 868	6,2	32,0
März ....	128	140	34 405	36 691	677	6 629	1,9	18,1
April ....	133	134	35 713	39 428	281	3 501	0,8	8,9
Mai .....	131	—	35 765	—	112	—	0,3	—
Juni .....	140	—	38 817	—	280	—	0,7	—
Juli .....	116	—	38 109	—	336	—	0,9	—
August ...	135	—	38 037	—	781	—	2,1	—
September	186	—	40 534	—	1 400	—	3,4	—
Oktober ..	140	—	39 416	—	2 789	—	7,1	—
November	146	—	41 390	—	6 990	—	16,9	—
Dezember	145	—	38 110	—	11 850	—	31,1	—

Unsere weiblichen Mitglieder sind an der Arbeitslosigkeit mit 5 % beteiligt, mit 15 % aber an der Kurzarbeit. Allgemein hat die Kurzarbeit stark abgenommen, es werden aber immer noch 1302 Beschäftigte davon betroffen; 108 arbeiten gar nur 3 Tage wöchentlich. Ausschließlich sind es Industriebetriebe, die noch verkürzt arbeiten. Der Absatzmangel einerseits, andererseits aber die Umstellung der Produktion auf rationellere Wirtschaft werden die Arbeitslosigkeit nur allmählich abnehmen lassen. Wenn es nicht gelingt, die Bauwirtschaft so zu beleben, daß alle in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte im Baugewerbe untergebracht werden können, werden wir noch lange mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Filialen: 1. Bezirk: Forst, Glogau, Guben, Girschberg, Jüterbog, Landsberg a. d. W., Potsdam, Rathenow; 2. Bezirk: Iphofen, Schöps, Reutewitz, Saarbrücken; 3. Bezirk: Guben, Neustrelitz, Norden, Schleswig; 4. Bezirk: Nauen, Bielefeld, Sams, Priesel, Mörs, Siegen; 5. Bezirk: Dessau, Meerane, Naumburg, Mauen, Zwickau; 6. Bezirk: Freiburg, Einbau, Lörrach, Birnmasen; 7. Bezirk: Bamberg, Koburg, Kulmbach, Schweinfurt und Straubing. Der Stichtag für den Monat Mai ist der 29.; die Berichtskarten müssen spätestens am 6. Juni in unserm Bezirk sein.

### 50 Jahre Facharbeitervermittlung für Maler.

Von F. Klop, Abteilungsleiter im Landesarbeitsamt Berlin.

50 Jahre Wirksamkeit im öffentlichen Leben bedeuten einen Markstein für die Vergangenheit und zugleich einen Wegweiser für die Zukunft. Dies gilt namentlich für die Entwicklung und die Ausbreitung des Gedankens der organisierten, überparteilichen Form der Arbeitsvermittlung. Eine zusammenfassende Geschichte der Entwicklung und Aufgaben des Arbeitsnachweises liegt nicht vor. Dies bleibt berufener Feder für die Zukunft vorbehalten. Der Geschichtsschreiber wird jedoch nicht umhin können, die Bausteine zur Errichtung des Gebäudes des öffentlichen Arbeitsnachweises, die von den paritätischen Fachabteilungen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin<sup>1</sup> in mühseliger und emsiger Arbeit zusammengetragen worden sind, zu berücksichtigen. An erster Stelle steht auf diesem Gebiet der paritätische Facharbeitsnachweis für Maler und Radierer. Mit Recht betont Direktor Dr. Graad über die Fachabteilung für Maler und Radierer: „Die Maler können das Verdienst im Anspruch nehmen, die Pioniere in der Bewegung der Facharbeitervermittlung gewesen zu sein.“ Das Arbeitsnachweisgesetz hat deshalb auch in seinem Aufbau die Erfahrungen der Fachabteilungen zu Berlin berücksichtigt.

Das Malergewerbe zählt seiner Struktur nach zum Kleingewerbe. Die größere Anzahl seiner Berufsangehörigen wird in Betrieben unter 10 Arbeitnehmern beschäftigt. Im Vergleich zu andern Berufen sind die Beschäftigungsverhältnisse im Malergewerbe einem umfangreichen Wechsel unterworfen. Die teilweise Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen sowie die oftmals gebotene schnellste Fertigstellung von Malerarbeiten und ebenfalls die Zusammendrängung der Arbeitsmöglichkeiten zu gewissen Zeiten des Jahres bedingen dieses. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiten während der Wintermonate fast vollständig ruhen, und somit eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe vorhanden ist. Die Auswertung jeglicher Arbeitsmöglichkeiten, auch der kleinsten, ist deshalb geboten. Hierzu bietet die organisierte Arbeitsvermittlung die beste Handhabe. Aus diesen Gründen heraus und gleichfalls den besondern Bedürfnissen des Gewerbes Rechnung tragend, hat das Malergewerbe seit jeher auf einen gut ausgebauten und funktionierenden Arbeitsnachweis großes Gewicht gelegt. Deshalb liegen auch die Bestrebungen zur Herbeiführung einer organisierten Arbeitsvermittlung im Malergewerbe weit zurück.

<sup>1</sup> Der im Jahre 1883 gegründete Zentralverein für Arbeitsnachweis hatte als unter anderem die Aufgabe gestellt, „Arbeitsgeber und Arbeitnehmenden Arbeit nachzuweisen.“ Der Zentralverein für Arbeitsnachweis unterstand der Leitung des damaligen Sozialpolitikers Dr. Graud, der es verstand, durch seine Tatkraft und Umsichtigkeit denselben zu einer Bedeutung für das Wirtschaftsleben zu machen. Am 31. März 1917 gingen die Einrichtungen und Aufgaben des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in die Hände der Verwaltung über.  
<sup>2</sup> Berliner Facharbeitsnachweis von Dr. Erdmann Graad, Berlin, Verlag von E. Heinrich, Dresden-N. 6.

Vor 50 Jahren, im Frühjahr 1876, nahm der Arbeitsnachweis der Malerinnung Berlins eine erweiterte Tätigkeit auf. Durch die Umleitung dieses Arbeitsnachweises in eine paritätische Verwaltung und dessen spätere Überführung in den Rahmen des öffentlichen Arbeitsnachweises ist er als der älteste Vorläufer der jetzigen Fachabteilung für Maler, Radierer usw. des Landesarbeitsamtes Berlin zu betrachten. Die frühesten Vorläufer müssen hier trotz der verlockenden Aufgaben der Behandlung dieses Gebietes ohne Berücksichtigung bleiben. Hervorgehoben sei nur, daß das Statut der Malerinnung zu Berlin, vom Jahre 1848 unter anderem besagte: „Der Ausschuss für das Perbergewesen errichtet für die Gehilfen, welche sich vorzugsweise ausweisen und bei einem Innungsmitgliede in Arbeit treten wollen, ein Arbeitsnachweis-Bureau.“

Wie es in den Verhältnissen der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begründet war, ist im Gegensatz zu der heutigen Zeit der Umfang dieses Innungsarbeitsnachweises nur als bescheiden zu bezeichnen; aber immerhin war doch der Anfang zu einer organisierten Arbeitsvermittlung und damit zugleich zum weiteren Ausbau gegeben. Neben dieser Arbeitsvermittlung ging das Bestreben der Arbeitnehmerschaft auch dahin, die Arbeitszuweisung durch die Gewerkschaften an ihre Mitglieder erfolgen zu lassen. Diese Art der Arbeitszuweisung war mit Rücksicht auf die Tätigkeit der damaligen Gewerkschaftsorganisationen, deren Entwicklung bekanntlich durch die politischen Umstände gehemmt wurde, geboten. Erst Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann eine Stetigkeit in den Gewerkschaftsorganisationen einzuleiten, wodurch der Entwicklung auch der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise freie Bahn gegeben war. Entsprechend der damaligen Einstellung der Gewerkschaften war die Arbeitsvermittlung lediglich nicht Selbstzweck, sondern unter anderem ein Mittel zum Zweck. Dieses galt insbesondere in bezug auf die damalige Lohnpolitik der Gewerkschaftsorganisationen. Der Arbeitsnachweis sollte ein Mittel sein, um die Stabilisierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstig zu beeinflussen. Die Arbeitnehmer des Malergewerbes sowie die des Radierergewerbes als Glieder der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung Berlins bewegten sich in denselben Gedankengängen. Deshalb erfolgte etwa im Jahre 1885 (der genaue Zeitpunkt steht nicht fest) die Errichtung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises für Maler. Dem folgte im Juni 1888 die Gründung des Arbeitsnachweises der Radierergewerkschaft. Der Arbeitsnachweis der Malerinnung Berlins kann demnach auf eine etwa 10jährige längere Tätigkeit zurückblicken. Allgemein kann gesagt werden, daß die Arbeitsnachweise der Interessenten bis zu ihrer Vereinigung zu einem einheitlichen Ganzen mancherlei Wechselfällen unterworfen gewesen sind, was begründet ist in den damaligen Zeitverhältnissen und dem Mangel an Erfahrungen auf diesem Gebiete. Fest steht jedoch, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gleichen Maße der Frage des Arbeitsnachweises besonderes Augenmerk zuwenden. Demgemäß stand der Arbeitsnachweis fast ständig im Zeichen lebhafter und eingehender Erörterung innerhalb des Organisationslebens. Es dürfte fast keine Versammlung, keine Zusammenkunft stattgefunden haben, in der nicht zur Benutzung des Arbeitsnachweises aufgefördert, die Abstellung von Mängeln besprochen oder Verbesserungsvorschläge gemacht worden sind. Die Aufmerksamkeit, ja geradezu die Sorgfalt und Hingebung an den Dienst der Sache, mit der diese Angelegenheit behandelt wurde, muß uns heute noch — ungeachtet des spärlichen Materials — eine Hochachtung abringen.

Einen entscheidenden Schritt zum Ausbau ihres Arbeitsnachweises vollzog die Gewerkschaft der Maler am 15. August 1890. Sie führte unter Reduzierung der bisherigen werktäglichen Abendstunden den Tagesdienst in einigen Vormittagsstunden für die Vermittlung ein. Weiterhin wurde, „um den Arbeitgebern die Benutzung der Arbeitsnachweisung so bequem wie möglich zu machen“, und wie es in der alten Niederchrift ferner heißt: „... dem Innungsarbeitsnachweis entgegenzuwirken“, der Zugang eines Telephongeschlusses zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß der so auf breitere Basis gestellte Arbeitsnachweis „der Vereinigung der Maler, Radierer usw.“ ebenfalls als ein Vorläufer anzusehen ist — die Radierer- und Malerinnung war inzwischen in diesem Arbeitsnachweis aufgegangen — sei aus dem Reglement noch nachstehendes erwähnt. So bestimmt das Reglement des Zentralarbeitsnachweises der Maler, Radierer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen, daß die Benutzung des Arbeitsnachweises nur für Mitglieder in Frage kommt. Dieser Standpunkt ist jedoch mehrfach gewechselt worden. Im Interesse der Werbung von Mitgliedern hatte man zeitweise die Nichtmitglieder mit den Angehörigen der Organisation in der Benutzung des Arbeitsnachweises gleichgestellt. Die Benutzung des Arbeitsnachweises war im Gegensatz zu dem Innungsarbeitsnachweise, bei dem eine geringe Eintragungsgebühr zeitweilig erhoben wurde, kostenlos. Weiterhin heißt es in dem Reglement: „Im Falle der Nichtannahme der Arbeit sind die Arbeitnehmer verpflichtet, ihre Arbeitskarte, die mit dem Vermerk des Arbeitgebers, weshalb die Arbeit nicht angenommen wurde, versehen sein muß, in den nächsten Geschäftsstunden zurückzugeben, andernfalls sie aus der Arbeitnehmerliste gestrichen werden. Beschwerden in dieser Sache werden von der Kommission erledigt, das Resultat ist in dem Beschwerdebuch zu protokollieren; bei wichtigen Angelegenheiten ist das Resultat von dem Arbeitsvermittler in den nächsten Geschäftsstunden bekanntzugeben.“ Diese Festsetzungen waren mit Rücksicht einerseits auf eine einwandfreie Erledigung der Arbeitsvermittlung geboten und andererseits trugen diese Bestimmungen mit zur Selbsterziehung bei. In den beteiligten Kreisen war man sich — auch unter Berücksichtigung der mannigfaltigen verknüpfenden Bande mit den Arbeitgebern — darüber klar geworden, daß nur ein gut funktionierender Arbeitsnachweis den gestellten Aufgaben gerecht werden konnte, um den vorgezeichneten Dienst für die Organisation zu erfüllen. In einem weiteren Absatz heißt es, daß für sämtliche vermittelte Kräfte die gegenseitige Kündigung ausgeschlossen ist.

Mit dem Abschluß von Tarifverträgen und den damit geschaffenen Einrichtungen zur Zuneckhaltung derselben konnte der Standpunkt der Gewerkschaften aufgegeben werden, weil das Arbeitsnachweiswesen mit in die Tarifverträge einbezogen wurde und diese damit unter die Bewachung

der Tarifkontrahenten fielen. Die Zeit war somit für Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen reif worden. Bevor jedoch dieser Gedanke allgemein Geltung erlangt hatte, vollzogen bereits die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer unter Aufgabe ihrer Arbeitsnachweise die Gründung eines paritätischen Facharbeitsnachweises. Dieser Facharbeitsnachweis für die Malerinnung zu Berlin wurde am 1. Juli 1894 ins Leben und nannte sich „Paritätischer Facharbeitsnachweis für die Malerinnung zu Berlin.“ Diese Benennung wurde gewählt, um den Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Innungen die Errichtung eines Arbeitsnachweises zur Pflicht machte, Rechnung zu tragen. In den Kreisen der Arbeitnehmer bestanden gegen keine Bedenken, da, wie aus nachstehendem ersichtlich, die Gleichberechtigung in der Vermittlung Verwaltungsvollauf gewahrt war. Das Statut wurde dem Gedanken der Selbstverwaltung des Facharbeitsnachweises durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Bei Beschlüssen finanzieller Art und in Angelegenheiten der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) blieb die Entscheidung dem Zentralverein für Arbeitsnachweis vorbehalten. Selbstverwaltung ging so weit, daß der vom Zentralverein für Arbeitsnachweis auf Vorschlag der Parteien bestellte Vorsitzende des Kuratoriums in den Sitzungen kein Stimmrecht ausübte. Diese freie Gestaltung der Satzungen für die Entwicklung und für die nunmehr erst einsetzende Bewegung zugunsten der paritätischen Facharbeitsnachweise von einem erheblichen Vorteil, da weite Kreise der Arbeitgeber und ebenfalls der Arbeitnehmer diesen Bestrebungen teilnahmslos, abwartend oder ablehnend gegenübertraten. Hieron zeugen auch die Kämpfe in dem Einzelverband und ebenfalls im Malerverband, die um die Form der Arbeitsvermittlung geführt worden sind. In der „Vereinigung der Maler, Radierer usw.“ führten die Kämpfe schließlich dazu, daß Splitter aus dieser Organisation ausschließen das Prinzip der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung aufzuhalten. Der von dieser Gruppe unterhaltene Arbeitsnachweis hat jedoch keine Bedeutung für die Arbeitsvermittlung im Malergewerbe erlangt.

Aus dem Statut, „betreffend den paritätischen Arbeitsnachweis für die Maler-Innung zu Berlin“ wird hervor:

„Zur Verwaltung und Beaufsichtigung des Facharbeitsnachweises für die Malerinnung zu Berlin wird ein Kuratorium gebildet. Dasselbe besteht aus je 4 Vertretern Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie je 4 Ersatzmitgliedern und 2 Mitgliedern des Vorstandes des Zentralvereins Arbeitsnachweise, welche als Vorsitzende beziehungsweise stellvertretende Vorsitzende fungieren.“

Weiterhin heißt es im Absatz 2 unter anderem: „Vertreter der Arbeitgeber und deren Ersatzmänner von der Malerinnung gewählt. Die Vertreter der Arbeitnehmer und deren Ersatzmänner werden von dem Ausschuss der Malerinnung gewählt. Kommt eine der Vertreter der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber nicht zustande, so können diese Vertreter durch den Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis ernannt werden. Vorsitzende des Kuratoriums sowie sein Stellvertreter von den dem Kuratorium angehörigen Vertretern Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Zahl der dem Vorstande des Zentralvereins für Arbeitsvermittlung gehörigen Mitglieder gewählt; es darf der Vorsitz weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein.“

Die Beschlußfähigkeit ist unter Absatz 3 festgesetzt. „Das Kuratorium ist beschlußfähig bei Anwesenheit mindestens je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmgleichheit wird der Ablehnung gleich erachtet. Vorsitzende hat nur beratende Stimme. Bei Abstimmungen muß stets die gleiche Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen. Sind hierbei von einer Kategorie Mitglieder vorhanden als von der andern, so haben die jüngsten Mitglieder der ersten Kategorie der Abstimmung zu entfallen.“

Im Absatz 4 heißt es betreffs der Wahl von Vorstand: „Das Kuratorium wählt und ihre Anstellbedingungen festsetzt.“

Der Absatz 5 sagt über die Kostenfrage folgendes: „Kosten des Arbeitsnachweisbetriebes werden durch den Zentralverein für Arbeitsnachweis unter Leistung eines Zuschusses seitens der Malerinnung getragen. Von den Zuschüssen wird eine einmalige Einschreibgebühr von erhoben; diese Gebühr soll, sobald es die Finanzlage des Vereins gestattet, zu einem Teile in einen besondern Fonds zur Unterstützung bedürftiger Arbeitsloser Malergewerbes fließen.“

Nach Absatz 6 beschließt das Kuratorium über die Änderungen des Statuts mit Dreiviertel-Majorität der wahlberechtigten Mitglieder; die Änderungen bedürfen der Zustimmung des Vorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis.

Unter Absatz 7 ist festgelegt: „Dem Zentralverein Arbeitsnachweis, der Malerinnung sowie dem Gesellschafter der Malerinnung steht das Recht zu, jederzeit vorheriger dreimonatiger Kündigung von den nachgabe dieses Statuts getroffenen Vereinbarungen auszutreten.“

### Aus unserm Beruf

Gießen. Die Firma A. Nikolaus hier nützt die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Notlage der Arbeiterschaft zu rücksichtslosem Lohndruck aus. Herr Nikolaus hat allen seinen Gehilfen mit wenigen Ausnahmen den Lohn um 18 % pro Stunde gekürzt. Darunter befand sich auch Kollegen, die über 10 Jahre in dem Geschäft tätig sind. Mit welchen Mitteln der Unternehmer vorgeht, zeigte Sonnabend, 17. April, wieder einmal. Um die Kollegen Besuch der angezeigten Filialversammlung abzuhalten, ein Faß Bier von 60 Liter Inhalt in der Wirtschaft Stadt Lauterbach“ auflegen. Ferner wurden alle fortgeführten Entlassung bedroht, die an der Verbandsversammlung teilnehmen würden. Daß sich auch tatsächlich Leute die sich durch einige Glas Bier kaufen ließen, ist sehr bedauerlich und beweist nur, daß es immer noch Arbeiter gibt, welches solidarische und gewerkschaftliche Empfinden. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß Herr Nikolaus mit durchaus unwürdigen und verwerflichen Mitteln a



„seine“ Arbeiter von der Vertretung ihrer Interessen zu halten. Allerdings muß man beachten, daß er seither ein eigenes Geschäft dabei gemacht hat. Bei einem Lohnabzug von 18 A pro Stunde und bei 18 beschäftigten Arbeitern betrug dies eine Ersparnis von 181,40 A in einer Woche an Steuern. Um diesen Betrag wurden die Arbeiter jede Woche abgebittet, und da rentiert es sich schon, auch einmal ein Faßer aufzuliegen. Durch den Druck des Verbandes hat sich Herr Nikolaus jetzt seinen Arbeitern gegenüber bereiter für Freitag, 18. April, an den Tariflohn zu zahlen. Wie ist es mit den vorausgegangenen Wochen? Wird sich Herr Nikolaus auch bereitfinden, den Arbeitern die zu wenig geworden Löhne der zurückliegenden Wochen nachzugahlen? Falls nicht dürfte darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Aber noch nach einer andern Seite hin sollte der Beschäftigte Herr Nikolaus von den Behörden und öffentlichen Verwaltungen etwas im Auge behalten werden! Herr Nikolaus beschäftigt sage und schreibe 18 Lehrlinge. Davon sind 12 in diesem Jahre neu eingestellt worden. Es ist klar, daß bei einer derartig großen Anzahl von Lehrlingen eine ordnungsmäßige Ausbildung nicht möglich ist, und es wäre an der Zeit, daß sich auch die zuständige Handwerkskammer um die Firma einmal etwas kümmern würde. Von den öffentlichen Körperschaften muß verlangt werden, daß die Arbeitsplätze nur an tarifstrenue Firmen vergeben werden, die auch Gewähr dafür bieten, daß die Arbeit durch vollwertige Arbeitskräfte ausgeführt wird und daß solche Firmen, die die Ausnutzung der Lehrlinge und durch Lohnbruch eine Konkurrenz übelster Art im Gewerbe hervorzurufen, von öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen werden.

**Hamburg.** In einer Versammlung am 27. April sprach Herr Klement, Leiter der Bauhütte „Nord“, über „Die Bauhüttenbewegung im Kampf der Arbeiterschaft“. Er schildert zunächst die Entwicklung im Bezirk Nord, dem heute 26 soziale Baubetriebe sind. Gegen 1924, die Bewegung erst wieder festen Fuß fassen konnte, ist im Jahre 1926 verdoppelt. Die sozialen Baubetriebe haben ihren Aufstieg zum Teil den Gewerkschaften, mit denen sie immer Hand in Hand arbeiten. Hier hat die Arbeiterschaft eine Möglichkeit, ihre Arbeit zu verbessern; der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn mehr Solidarität geübt wird. Der Aufschwung der Bauhüttenbewegung, der Arbeiterbank und der sozialen Baubetriebe beweisen der öffentlichen Meinung, daß diese Organisationen heute zu einer Macht geworden sind. Mehr und mehr muß das private Kapital ausgeschaltet werden, dann ist es möglich, die Mietbestimmung selbst in die Hand zu nehmen und so später billigere Wohnungen zu beschaffen. Arbeiter bessere Löhne zu zahlen, Urlaub zu gewähren für gute Vorkursausbildung zu sorgen. Den Willen die Macht in der Arbeiterschaft müssen wir mehr ausbauen; denn nur selbst können wir uns helfen. Es muß nicht werden, von der Hauszinssteuer mehr Geld für die Betriebe zu bekommen; heute geht der größte Teil an die Hauszins- und Wohnungsämter. Wenn sie auch heute noch den verschiedenen Strömungen in der Wirtschaft rechnen, so ist die Bauhütte „Nord“ doch in der Lage, große Pläne auszuführen, da gute Architekten gern für uns arbeiten. Unser größtes Projekt aber ist, die Menschen zu den wirtschaftlichen Macht zu machen. Wir werden die wirtschaftliche Macht die politische Macht erhalten; ist es not, daß wir gemeinsam an dem großen Ziele arbeiten. Hieran gab der Geschäftsführer, Kollege Junge, im kurzen Bericht über die Malerei-Gesellschaft. Was der Redner soeben geschildert, hat uns 1910 bewogen, die Bauhütte zu gründen. Wenn wir, ohne jede Unterstützung von außen angefangen, heute 126 Kollegen besitzen, so haben wir alle arbeiten müssen, um das zu haben. Unser Prinzip war und ist, gute Malerarbeiten zu liefern. Die sozialen Ausgaben, die leisten konnten, waren nur möglich durch praktisches Zusammenwirken. Einige Zahlen mögen zeigen, was bei unserm Geschäftsgebaren durchgeführt werden konnte. Es wurden im Jahre 1925 an Steuern 2,35 A ausgegeben; für Kranken- und sonstige Versicherung 988,90 A. An Feriengeld zahlten wir 4109,55 A. Tarif hätten wir nur 1050 A zahlen brauchen. Für die Löhne wurden 10889,80 A ausgegeben; für Werbung der Sommerarbeitszeit, für Arbeitskleidung, Vorkursausbildung und Ergänzung der Betriebsbibliothek 20 A. Wenn in nächster Zeit die im Bau befindlichen Gebäude fertiggestellt sind, dann wird durch Fleiß und Willen von Vorstand, Aufsichtsrat und Geschäftsleitung ein Musterbetrieb in Hamburg sein. Alle Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligen, waren mit den Ausführungen im Prinzip einverstanden. Es hat sich gezeigt, daß wir darin alle einig sind an Stelle der privatwirtschaftlichen Betriebe soziale Betriebe zu setzen. Doch nur schrittweise können wir dem näherkommen. Im Schlußwort ergänzte Genosse Klement die gemachten Ausführungen und forderte auf, Teil der Gewerkschaftsgelder zur Unterstützung der Baubetriebe zu verwenden. Hieran wurde beschlossen, am 15. jeden Monats in allen Betrieben eine Kontrolle vorzunehmen. Zum Schluß wies Kollege Klement auf die bevorstehende Agitation hin und hofft auf Beteiligung.

**Leipzig.** (Durch Starstrom getötet.) In der Zahlstelle Großschiff ereignete sich am 4. Mai ein tragischer Unfall. An der Bahnstraße sind an den Häusern die Leitungen der „Luf“ befestigt. Bei den am Reibbaue auszuführenden Malerarbeiten kam der Kollege Geißler diesen zu nahe und brach tot zusammen. Zwei stündiger ärztlicher Bemühungen gelang es nicht, den Unglücklichen ins Leben zurückzurufen. Unverantwortlich, daß an Stellen, an denen es möglich ist, daß Arbeiter ausführende Handwerker mit der Leitung in Verbindung kommen können, nicht gut isolierte Kabel verwendet werden. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob die Beziehung Fahrlässigkeit oder unangebrachte Sparmaßnahmen das junge Leben vernichteten. Der Tod dieses jungen Mannes trifft die Eltern um so schwerer, als der Kollege erst erst Otern dieses Jahres seine vierjährige Lehrzeit beendet hatte und in seiner ersten Gehilfenarbeit war. Er glaubte, nunmehr seine Eltern wirtschaftlich entlasten zu können und mußte hier ein so frühes Ende finden. Allen Kollegen rufen wir zu: Hebt die Hand in der Nähe von Starstromleitungen!

**Münch. (Töblicher Berufsfall.)** Am 7. Mai wollte unser Kollege Adolf Weller zu Rainau-Gonsenheim ein Dachgefälle in Oelfarbe streichen. Er benutzte dazu eine 88 Sprossen lange Anlegeleiter. Als er an der 77. Sprosse angelangt war, brach die Leiter, und Kollege Weller fiel so unglücklich zur Erde, daß er plötzlich und schmerzlos verschied. Kollege Weller, ein alter Verbandskollege, beliebt und geachtet unter seinen Kollegen, hinterläßt eine tieftrauernde Frau und 2 Kinder. Mögen doch unsere Kollegen dieses tieferschütternde Ereignis als ernste Warnung betrachten. Immer vor Arbeitsbeginn das Gerüstmaterial auf seine Tragfähigkeit prüfen, alles morsche und unsolide Holz sofort beseitigen! Schützt Euer kostbares Gut; achtet mehr auf Leben und Gesundheit!

**München. (Jahresbericht.)** Das Jahr 1925 hat die Erwartungen nicht erfüllt, die nach dem außerordentlich günstigen Winter 1924/25 gehegt wurden. Zwar war die Beschäftigung in den Frühjahrs- und Sommermonaten zufriedenstellend, aber schon Ende August waren Arbeitslose vorhanden, deren Zahl sich bis im November auf 27 %, im Dezember auf 27,6 % steigerte, dann recht langsam im Januar 1926 auf 26,7 %, im Februar auf 26,1 % fiel und Ende März immer noch 21,4 % der organisierten Berufsangehörigen betrug. Die Gesamtbeschäftigungslosigkeit einschließlich der sogenannten Sommerkrisen betrug mindestens 45 % gegen 18,8 % im Dezember 1924. Die Wiedereinführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung hat allgemeinen Ansehens gewonnen, konnten doch in der Zeit vom 1. August 1925 bis 28. Februar 1926 13 971,98 A aus der Hauptklasse und über 500 A aus lokalen Mitteln an die Kollegen ausgezahlt werden. Für die Beschaffung von Winterarbeit ist eine umfassende Propaganda entfaltet worden. Bezeichnenderweise konnte die Ortsgruppe München des Arbeitgeberverbandes wegen der anfallenden Kosten nicht für die Mitarbeit gewonnen werden. Wenn auch positive Erfolge zu verzeichnen sind, so können wir doch mit dem Erreichten nicht zufrieden sein, da der Vorteil besonders Kleinrentnern zugutekam, die gar nicht daran dachten, vom Arbeitsnachweis erwerbslose Kollegen zur Ausführung der Arbeiten anzufordern. Für die Zukunft muß eine Bestimmung eingefügt werden, daß mindestens zwei Drittel der Beschäftigten der Gewerkschaften für die Entnahme in Betracht kommen. — Den Arbeitern ist durch das WGA eine gesetzliche Vertretung in den Betrieben durch Betriebsräte und -beiräte gesichert. Es ist festzustellen, daß in Werkstätten mit rechtmäßig gewählten Vertrauenspersonen nicht nur die Rechte der Beschäftigten besser gewahrt werden, sondern daß auch der Kontakt unter den Kollegen durch regelmäßige Zusammenkünfte aufrechterhalten und manche Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber durch den Betriebsrat ohne weiteres erledigt werden konnten, wo andererseits ungerechtfertigte und nicht selten willkürliche Entlassungen nicht verhindert wurden, weil die Kollegen es in kräftiger Kurzsichtigkeit unterlassen haben, von ihrem gesetzlich gewährtesten Rechte Gebrauch zu machen. So mußten manche Klagen am Münchner Gewerbegericht anhängig gemacht werden, das sich infolge seiner Spruchpraxis nicht des besonderen Vertrauens der Arbeiterschaft erfreut. Das Ortsparlament ist nicht in Tätigkeit getreten. Differenzen aus dem Vertragsverhältnis werden von den Arbeitgebern als „Doppelpaten“ behandelt, für die sie keine Zeit haben. — Seit dem Herbst vorigen Jahres schweben noch Verhandlungen über die Bestellung eines Fachauschusses bei der Fachabteilung des Malergewerbes beim hiesigen Arbeitsamt, ohne daß eine Regelung in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Für das Malergewerbe sind die Löhne durch die zentralen Verhandlungen unter dem Reichstarifvertrag geregelt. Diesem hat sich auch das Schriftnmalergewerbe mit der Bestimmung angeschlossen, daß alle für die Gehilfenstufe günstigeren Abmachungen aus dem früheren Tarif in Geltung bleiben sollen. Auch die Kunst- und Kunstgewerbe haben diese Lohnvereinbarungen als Spitzenlöhne anerkannt. Die Betriebe der Metallindustrie fallen unter das dort geltende Lohnabkommen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten waren das ganze Jahre hindurch unsicher. Im Wagenaugewerbe gestalteten sich die Lohn- und Tarifverhandlungen und die Schiedsprüche des Schlichtungsausschusses unter der ungünstigen Geschäftslage besonders schwierig und wenig befriedigend. Die Mitgliederbewegung zeigt bei 451 Neuaufnahmen nur eine Zunahme von 51 und einen Stand von 888 Mitgliedern. Obwohl München und Umgegend zu jeder Jahreszeit eine Anzahl zugewandter Berufsangehöriger aufweist, ist die Zahl von Anmeldungen aus andern Filialen doch nur gering und Jahr für Jahr erwächst uns die Aufgabe, diese zugewandten Kollegen der Organisation zuzuführen, von denen manche nur kurze Gastrollen in unsern Reihen geben. Dauernde intensive Agitation und regelmäßige Kontrolle auf allen Arbeitsstellen muß auch den letzten Kollegen der Organisation zuführen. Werbt auch bei den jugendlichen Kollegen, vergeßt nicht, daß die Lehrlinge von heute demnächst Gehilfen werden und Schulter an Schulter mit uns um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Dann wird die Tätigkeit für unsern Verband reiche Früchte für das gesamte Gewerbe tragen.

**Baugewerbliches**

Zur Lage des Baugewerbes und des Baustoffmarktes im April schreibt das „Reichsarbeitsblatt“, daß sich trotz der günstigen Witterung und der vorgeschrittenen Jahreszeit die Belegung im Baugewerbe nur sehr langsam fortsetze. Die allgemeine Wirtschaftslage und die trotz Ermäßigung der Zinssätze für Baugelder und erste Hypotheken noch immer schwierigen Geldverhältnisse standen einer durchgreifenden und schnellen Besserung hemmend im Wege. Immerhin konnte eine Anzahl größerer öffentlicher oder mit öffentlichen Mitteln geförderter Bauten in Angriff genommen werden und dem Arbeitsmarkt eine gewisse Entlastung bringen. Die private Bautätigkeit trat fast nirgends in Erscheinung, besonders gab auch die Industrie Neubauten nicht in Auftrag. Ueberwiegend wurden wieder Innen- und Ausbesserungsarbeiten ausgeführt. Die Zahl der arbeitstuchenden Bauarbeiter ging nach der Stichtagszählung der wichtigeren Arbeitsnachweise um etwa 20 vom Hundert — von 200 000 auf etwa 160 000 — zurück; sie war aber wesentlich größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres, wo nur etwa 44 000 arbeitslose Bauarbeiter gemeldet wurden. Verhältnismäßig am besten war im Baugewerbe,

begünstigt durch das gute Wetter, das Malerhandwerk beschäftigt. Auch für das Dachdeckerhandwerk war besonders für den Anfang des Monats eine Belegung zu verzeichnen, während für das Töpferhandwerk und das Glasergerwerbe die Lage ungünstiger erscheint. Das Stukkateur- und Wildhauerhandwerk war ebenfalls nicht ausreichend beschäftigt, da bei der einfachen Bauweise aus Sparmaßrücksichten die Tätigkeit der Stukkateure nicht an Anspruch genommen wird. In ähnlich günstiger Lage wie das Malerhandwerk befand sich nur noch das Plastererhandwerk, das einen guten Auftragsbestand zu verzeichnen hatte. — Die Absatzverhältnisse in der Baustoffindustrie gestalteten sich im April infolge der ungenügenden Belegung der Bauindustrie nicht wesentlich günstiger als im Vormonat. Die Lage der Ziegelindustrie wird als schlecht bezeichnet. Zwar nahm der Absatz im allgemeinen zu, doch konnten die vorjährigen Bestände an Ziegeln aller Art noch nicht abgesetzt werden. Etwas günstiger lagen die Beschäftigungsverhältnisse in der Zementindustrie; die Zahl der Beschäftigten nahm nicht unerheblich zu. Das Geschäft der Kalkindustrie mit dem Baugewerbe hat stark enttäuscht. Stellenweise war hier nicht nur ein Stillstand, sondern sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Auch der Verbrauch der Landwirtschaft ließ mit dem Abschluß der eigentlichen Düngewirkung stark nach. Nicht einheitlich gestaltete sich der Geschäftsgang in der Steinbruchindustrie. Während die Steinbrüche in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie die Basaltindustrie in der Rhön und in Thüringen befriedigend, teilweise sogar gut beschäftigt waren, war in den andern Gegenden, wie zum Beispiel in der Pfalz und in Württemberg, in Niederbayern (Straubing) und in Schlesien noch keine Besserung der Lage festzustellen. In der Granitindustrie Schlesiens trat keine Besserung ein, im Bayerischen Bezirk kam es zu neuen Betriebsbeschränkungen. Gering war auch der Absatz der oberfränkischen Beton- und Kunststeinfabrikation.

**Wie erklären sich die hohen Stundenlöhne?** In letzter Zeit wird wieder einmal geflüstert auf die angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne hingewiesen, wodurch man vor allen Dingen die gestiegenen Baukosten erklären will. In Wirklichkeit sind diese Hinweise grober Mißbrauch und Vergeßlichkeit der Tatsachen. Die sogenannten Stundenlöhne, die auf der Rechnung von den Bauunternehmern präferiert werden, stellen nicht den wirklich gezahlten Bauarbeiterlohn, sondern diesen zuzüglich der allgemeinen Unkosten dar. Daß hier von den Bauunternehmern sehr weitherzig kalkuliert wird, ist eine bekannte Tatsache, und es empfiehlt sich, die sogenannten Stundenlöhne im Baugewerbe auf ein normales Maß zurückzuführen und eine gründliche Durchprüfung dieser Kalkulation an Stelle der fortwährenden, auf einen weiteren Lohnbruch hinauslaufenden Angriffe auf die Bauarbeiterlöhne. Daß eine solche Vereinerung der Kalkulation durchaus möglich ist, beweisen die Erfahrungen bei der Bauhütte Kirchhefen bei Kassel. Dieser ist es gelungen, eine starke Senkung der Stundenlöhne durchzuführen, so daß sie gegenwärtig 20 A unter den von den privaten Bauunternehmern kalkulierten Stundenlöhnen liegen.

**Gewerkschaftliches**

**Veteranen der Arbeiterbewegung.** Wilhelm Bod, der langjährige Redakteur des Schuhmacherverbandes, feierte dieser Tage seinen 80. Geburtstag. Ueber 60 Jahre steht der wackere Kämpfer in der deutschen Arbeiterbewegung. Am 10. Juni 1878 übernahm er den Vorsitz der noch in den Anfängen stehenden „Internationalen Schuhmachergewerkschaft“. 46 Jahre war er Redakteur des Organs des Schuhmacherverbandes. 1884 wurde der Jubilar in den Reichstag gewählt, dem er heute noch angehört, und 1888 eroberte er sich das Mandat für den Gothaer Landtag. Im Reichstag präsiidierte er in den letzten Jahren als Alterspräsident. Er wirkt immer noch trotz seines hohen Alters unverdrossen an der Sache des Proletariats. — Joh. Scherm, der über ein Menschenalter die „Metallarbeiterzeitung“ leitete, beging vor kurzem seinen 75. Geburtstag. Auch Scherm, der sich noch recht rüstig fühlt, arbeitet noch im Dienste seiner Organisation. Wir entbieten den alten Veteranen unsere besten Glückwünsche!

**Der Deutsche Werkmeisterverband,** der kürzlich in Bremen seinen Verbandstag abhielt, umfaßt nach dem Vorstandsbereich über zwei Drittel aller im Reich vorhandenen Werkmeister. Er zählt gegenwärtig 140 000 Mitglieder gegenüber 180 000 Ende 1924. Der Rückgang ist angesichts der großen Wirtschaftskrise verhältnismäßig gering. Größtenteils ist es, wie sich nach dem finanziellen Zusammenbruch der Inflationzeit der Werkmeisterverband, der vor dem Kriege über das beträchtliche Vermögen von 34 Millionen Mark verfügte, finanziell zu erstarren vermochte. Hierfür zeugt, daß der Verband im Jahre 1924/25 fast 3 Millionen Mark für Unterstützungen an Stellenlose, Streikende, Witwen, Invaliden, Notleidende und für Rechtschutz verteilen konnte. Der Verband unterhält außerdem eine Anzahl freiwilliger Einrichtungen, wie Sterbefälle, Brandversicherungsbereim, Erbschaften, denen je etwa 25 000 Mitglieder angehören. Die Einlagen in der eigenen Sparkasse, die 1914 10 Millionen Mark betragen, sind jetzt seit der Stabilisierung wieder auf 1 Million Mark angewachsen. Das Verbandsorgan konnte im letzten Jahre weiter ausgebaut werden, und auch die Bildungsarbeit des Verbandes hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Unter den Referenten auf dem Bremer Kongress sind die des Vorsitzenden Buschmann, der in seinem Vortrag einer weitreichenden, planvollen Produzentenpolitik das Wort redete, und des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung, Heinig, sowie der sozialpolitischen, Dr. Croner, hervorzuheben. Ersterer hat vor allem die allgemeine Kredit- und Kartellpolitik, letzterer die gegenwärtige Sozialversicherung einer scharfen Kritik unterzogen.

**Sozialpolitisches**

**Zwangszwangorganisation?** In den ersten Jahren nach dem Kriege konnte man vielfach von organisierten Arbeitern die Forderung hören, daß jeder Arbeiter und Angestellte sich organisieren müsse. Es sollten nötigenfalls Zwangszwang-



tionen der einzelnen Berufe geschaffen werden. Es ist jedoch die Frage, ob die Arbeiterklasse mit solchen Misserfolgen die Aufgaben erfüllen kann, die sie sich zum Ziel gesetzt hat. Das müssen wir verneinen. Warum schneiden wir diese Frage heute an, da sie fast nirgends mehr akut ist? Weil dieser Gedanke immer noch in der einen oder anderen Form in den Köpfen spukt. So wurde anlässlich der letzten Lohnabbaubehandlungen in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie von den Vertretern des christlichen Metallarbeiterverbandes die Forderung gestellt, den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau von 10% auf alle Unorganisierten anzuwenden, die Mitglieder der Tarifparteien aber zu den bisherigen Löhnen weiter zu beschäftigen. Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag natürlich hohnlachend ab. Sie hätten keine Ursache, unsere Mitglieder wieder aufzufüllen! Mit einem gewissen Recht. Denn das wäre ein Zwang zur Organisation. So gern wir alle Arbeiter und Angestellten organisiert sähen, so führt ein solcher Weg doch nicht zum Ziel. Betrachten wir uns doch nur die Verhältnisse bei den Krankenkassen usw. Auch hier haben wir es mit einer „Zwangorganisation“ zu tun. Aber wieviel Mitglieder kümmern sich um die Vorgänge in diesen Einrichtungen? Sie zahlen ihren Beitrag gezwungen, er wird einfach vom Lohn und Gehalt in Abzug gebracht. Und dann kümmert man sich nicht wieder darum, bis man einmal krank wird und die Hilfe, die Unterstützung der Klasse in Anspruch nehmen muß! Das selbe würde im Laufe der Jahre zweifellos bei den Gewerkschaften eintreten, wenn sie zu Zwangsorganisationen ausgebaut würden. Das Interesse des einzelnen würde erlöschen. Darum können wir diesen Weg nicht gehen. Es bleibt nur der andere Weg: es muß das Interesse geweckt werden, es muß jedem einzelnen Arbeiter nach wie vor die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die gewerkschaftlichen Einrichtungen da sein müssen, zu seinem eigenen Wohl, zum Wohl und Fortschritt der Gesamtarbeiterklasse. Nur so werden wir das Interesse, erhalten wir uns die Mitarbeit ungezählter Kollegen, nur so können wir vorwärts zu unsern Zielen.

**Krise oder Depression?** Zur Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist es von Wichtigkeit, zu wissen, in welchem Abschnitt der Konjunkturentwicklung sich die deutsche Wirtschaft gegenwärtig befindet. Nach der Ansicht Professor Wagemanns, des Leiters des Instituts für Konjunkturforschung, ist die eigentliche Krise bereits überwunden, und jetzt befinden wir uns in dem Abschnitt, der auf die Krise zu folgen pflegt, im Zustand der wirtschaftlichen Depression (Tiefstand). Dieser Auffassung liegt eine Verteilung des Konjunkturablaufs zugrunde, der folgende Stadien aufweist: Tiefstand — Aufschwung — Hochspannung — Krise. Die Merkmale für den Tiefstand sind die folgenden: Innerhalb des Geldkreislaufes: Warenpreise wenig verändert, in der Regel nach unten, Effektenkurse steigen, der Geldmarkt ist flüssig. Im Güterkreislauf: Verbrauch und Produktion weisen nur leichte Schwankungen nach oben oder unten auf. Die gegenwärtige Lage zeigt aber in allen Punkten den hier gekennzeichneten Zustand des wirtschaftlichen Tiefstandes. Von Februar bis Oktober des vergangenen Jahres herrschte, trotzdem dies vielfach nicht gesehen wurde, eine Hochspannung, seit Oktober bis etwa Februar dieses Jahres eine Krise. Die gegenwärtige Periode ist aber die des Tiefstandes. Dafür zeugen die Verminderung der Konsums und der Beschäftigten, der Umfang der Produktion, der sich wenig verändert, aber nicht mehr rückläufig ist, ja bei der Eisen- und Stahlindustrie und den Walzwerken gewisse Erhöhungen zeigt, die Steigerung der Effektenkurse und die Flüssigkeit des Geldmarktes. Zu dieser Schilderung ist jedoch zu bemerken, daß in bezug auf die Lage des Arbeitsmarktes der Krisenzustand noch andauert. Hat sich zwar die Produktion etwas gehoben, so entspricht dem doch nicht eine gleichmäßige Steigerung der Nachfrage am Arbeitsmarkt. Infolge der Betriebsstilllegungen und der Konzentration der Produktion in wenigen Betrieben, wie durch deren Rationalisierung wurden Arbeitskräfte freigelegt, die die Arbeitslosigkeit über das Ausmaß der Produktionseinschränkungen hinaus weiter steigern.

**Auswanderung der Facharbeiter nach den Vereinigten Staaten.** Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ist bekanntlich außerordentlich eingeschränkt. Besonders ist aber der Umstand, daß sich innerhalb der in den Vereinigten Staaten zugelassenen Einwanderung eine auffallend große Anzahl von Facharbeitern befindet. So sind von den 20000 Auswanderern, die im Monat Februar nach den Vereinigten Staaten kamen, etwa ein Viertel Facharbeiter, während früher bekanntlich überwiegend ungelernete Arbeiter auswanderten. Drei Viertel dieser Auswanderer sind zwischen 16 und 44 Jahre alt, also im produktionsfähigen Alter, und auffallenderweise befinden sich unter ihnen dreimal so viel Männer als Frauen. Die deutschen Auswanderer stehen zahlenmäßig an der Spitze mit 324 Auswanderern im Februar, mehr als die Zahl der Auswanderer aus England, Irland, Belgien, Frankreich, Dänemark und der Schweiz zusammengekommen. Durch das Abströmen von Facharbeitern verliert das Auswanderungsland wertvolle Arbeitskräfte, deren Auszubildung große Zeit- und Geldopfer gekostet hat. Somit bedeutet die Auswanderung von Facharbeitern auch einen empfindlichen Verlust für das Auswanderungsland.

**Vom Ausland**

**Schweiz.** Nach einer uns zugegangenen Meldung ist am 14. Mai ein allgemeiner Streik im gesamten Baugewerbe ausgebrochen. Die Schweiz ist deshalb für Bauhandwerker aller Berufe, also auch für Maler, Lackierer und Anstreicher, gesperrt. Hoch die internationale Solidarität!

**England.** Der Generalstreik ist aufgehoben worden. Da aber die Gesamtlage noch ungeklärt ist, ist die Sammlung auf den Listen der Ortsausschüsse des ADGB, noch fortzusetzen.

**Oesterreich.** Die Wirtschaftslage Oesterreichs ist zur Zeit so ungünstig, dass auch das Maler- und Lackierergewerbe ganz ausserordentlich daniederliegt. Mitte März gab es beispielsweise in Wien noch über 1700 arbeitslose Kollegen, eine Ziffer, die wir seit Kriegsende noch nicht erreicht haben. Voraussichtlich wird auch eine Besserung noch nicht so bald einsetzen, weil die Bauaufträge der Gemeinde Wien nur sehr langsam fortschreiten. Auch in den Orten ausserhalb Wiens und in den Städten der einzelnen Bundesländer ist mit wenig Arbeitsmöglichkeit zu rechnen, denn auch hier ist kein Kapital vorhanden, um die Bautätigkeit überhaupt aufnehmen zu können.

Unsere beiden Meister-Organisationen, die jedes Jahr seit Kriegsende ein Interesse daran hatten, dass der alljährlich abzuschliessende Vertrag immer vor seinem Ende, also vor dem 31. März, erneuert oder revidiert wurde, zeigen diesmal dieses Interesse nicht, so dass wir gezwungen waren, die Unternehmer auf das Vertragsende erst aufmerksam zu machen und auf Verhandlungen zu drängen. Darauf haben wir die Mitteilung erhalten, dass die Arbeitgeber einer Verlängerung des Vertrages zustimmen, jedoch nur, wenn wir keinerlei Aenderungen daran wünschen. Hierzu wird nunmehr von unserer Kollegenschaft Stellung genommen werden.

**Tschechoslowakei. (Reichenberg.)** Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich hier im laufenden Jahre leider nicht zum Besseren gewendet. Die Bautätigkeit war im Gegenteil in vielen Bezirken wesentlich schwächer als im Vorjahr, und dadurch waren die Erwerbsverhältnisse der Maler, Anstreicher und Lackierer ebenfalls verschlechtert. Der Hauptgrund ist wohl darin zu suchen, dass der Staat das Gesetz über die Bauförderung bis zum Jahreschluss nicht erneuert hat. Wohl wurde zwischen den Regierungsparteien wiederholt über die Herausgabe eines neuen Gesetzes verhandelt, aber keine Einigung erzielt. Gegner der staatlichen Bauförderung waren die bürgerlichen Parteien. Die im November stattgefundenen Wahlen brachten einen Rückgang der sozialistischen Stimmen und eine weitere Stärkung des bürgerlichen Einflusses. Unter diesen Verhältnissen ist es recht zweifelhaft, ob es jemals wieder zu einem neuen Gesetz über die staatliche Bauförderung kommt.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sonst keine Aenderung erfahren. Bei allen Lohnverhandlungen wurden die Wünsche unserer Kollegen nach Lohnerhöhung unter Hinweis auf den amtlichen Index als unbegründet abgelehnt. Trotzdem ist es in den meisten Bezirken gelungen, eine Lohnerhöhung durchzusetzen, die im Durchschnitt za. 7% beträgt. Auch beim Unternehmertum kommt die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck. Die Klagen über unlautere Konkurrenz und Preisdruck sind alltäglich. Die Lackiermeister streben die Abtrennung des Gewerbes vom Maler- und Anstreichergewerbe an. Sie sprechen den Konkurrenten unter den Malermeistern die Berechtigung zur Ausführung von Lackierarbeiten ab. Ein anderer Streit besteht zwischen den Maler- und Baumeistern. Die Malermeister reklamieren für sich das Recht, die Fassaden zu „färbeln“. Versuche, darüber mit den Baumeistern ein gütliches Abkommen zu finden, sind gescheitert. Die Baumeister wollen sich ihre Gewerbeberechtigung in keiner Weise beschneiden lassen.

Seit 1. Mai 1925 hat die Tschechoslowakei ein Gesetz, wonach alle Arbeiter nach ununterbrochener einjähriger Beschäftigung Anspruch auf einen bezahlten sechstägigen Urlaub haben. Leider hat das Gesetz Unklarheiten und Lücken, die es für einen grossen Teil unserer Kollegen wertlos machen. Unser Verband hat versucht, durch ein Abkommen mit der Unternehmerorganisation für die Kollegen etwas Brauchbares zu schaffen. Doch man will unseren Kollegen in keiner Weise entgegenkommen. Und so werden wir wohl jahrelang prozessieren müssen, um die Arbeitgeber zur Anerkennung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter zu zwingen.

**Ungarn.** Die wirtschaftliche Lage der ungarischen Kollegen war auch im Jahre 1925 sehr ungünstig. Die 1924 begonnene Sanierung der Verhältnisse setzte die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe ganz wesentlich herab, deshalb waren von unseren Kollegen in Budapest von September 1924 bis Ende Juli 1925 etwa 70 bis 80%, wenn auch mit geringen Schwankungen, arbeitslos. In der Provinz war die Arbeitslosigkeit noch grösser. Wir leiteten zusammen mit anderen Verbänden eine Aktion ein, um bei den städtischen und staatlichen Verwaltungen Aufträge zu erlangen, und zwar mit dem Erfolg, dass hierdurch unsere Kollegen von August bis Mitte Oktober Arbeitsgelegenheit in reichlichem Masse hatten. Aber auch jetzt, Ende Oktober, setzt die Arbeitslosigkeit wieder ein. Es sind bereits wieder von 1500 bis 1800 Kollegen in Budapest 80 bis 90% arbeitslos.

Im Frühjahr 1925 hatten wir noch in 5 Städten einen Kollektivvertrag; jetzt nur noch in einem Ort mit 80 beschäftigten Kollegen. Unser Vertrag in Budapest vom Jahre 1924 lief am 28. Februar ab. Trotz langwieriger Verhandlungen mussten diese im August abgebrochen werden, weil die Arbeitgeber den Stundenlohn von 11400 Kronen nicht erhöhen und auch die Arbeitszeit von 50 Stunden nicht herabsetzen wollten. Sie forderten, dass, wenn ein Arbeiter einen höheren Stundenlohn verlangt, als tariflich festgelegt ist, oder wenn unsere Sektion einen Arbeiter zu einem höheren Stundenlohn vermittelt, in jedem Fall eine Million Geldstrafe bezahlt werden sollte. Die so eingehenden Gelder sollten für eine Invalidenunterstützung der Arbeitgeber, auch für Zwecke der mit Arbeitgebern gemeinsam unterhaltenen Fachschulen verwendet werden.

Auch gegenwärtig, im Frühjahr 1926, liegen die Verhältnisse unserer Kollegen noch sehr traurig. Die Mehrzahl der Malergehilfen ist schon seit Oktober 1925 arbeitslos und aller Voraussicht nach ist Arbeitsgelegenheit in grösserem Umfange erst für Juli und August zu erwarten.

Einen Tarifvertrag mit unseren Arbeitgebern abzuschliessen, ist deshalb auch bisher noch nicht gelungen. Das Haupthindernis bildet die Arbeitszeit. Die Arbeitgeber bestehen auf der 50stündigen Arbeitswoche und dem bisherigen Stundenlohn von 11400 Kronen oder 67 Pfennigen; der Wochenverdienst beträgt 570000 Kronen oder 88 Mark, trotzdem das Existenzminimum 798000 Kronen ausmacht. In den Provinzen herrschen ähnliche Zustände. Auch dort besteht Vertrag.

Die Budapester Sektion der Maler und Anstreicher des Bauarbeiterverbandes, dem wir bekanntlich geschlossen sind, hat im Jahre 1925 an Unterstützung 102129500 Kronen ausbezahlt, im vorhergegangenen Jahre 86816500 Kronen.

**Verschiedenes**

**Genesungsheim für Gelehrte und Künstler in Bad Ems.** Der Verein hat das staatliche Hotel „Der Turm“, das zur Aufnahme von Fürstlichkeiten diente, als Genesungsheim für Gelehrte und Künstler eingerichtet und gewährt den Mitgliedern des Vereins Wohnung, einschließlich vorzüglicher Pflege zum Preise von 5 bis 7 M täglich, je nach Grösse des Zimmers. Gleiche Vergünstigung hat die Ehefrau des Mitgliedes. Bei Bedürftigkeit kann eventuell eine Ermäßigung des Preises erfolgen. Das Haus liegt im Park und ist erstklassig eingerichtet (Bibliothek, Musikinstrumente mit Ruhegelegenheit). Mitgliedsbeitrag 10 M jährlich. Anmeldung neuer Mitglieder und nähere Auskunft Vorstand des Genesungsheims für Gelehrte und Künstler in Bad Ems.

**Die Menschheit.** Die Bevölkerung der ganzen Welt wird heute auf 1 1/2 Milliarden Menschen geschätzt. Eine Zahl, die nicht zum Staunen heranlässt und in dem Verhältnis zu der ungeheuren, heute nur zum Teil primitiv genutzten Bodenfläche und den ungenutzten Kräften, die noch in den Diensten des Menschen zu finden sind, dem Menschen keine Arbeit zu erleichtern. Wenn dennoch Mangel herrscht und der brutale Kampf um das Dasein wütet, so beweist das die Verzerrung des wirtschaftlichen Lebens aufweist.

Hülle und Fülle und doch Not! Ein ganzer Planet für 1 1/2 Milliarden Menschen: bei rationaler Wirtschaft und planmäßiger sozialer Organisation der Welt würde die Menschheit ein anderes Kulturbild bieten, heute der Fall ist

**Literarisches**

**„Urania“.** Monatshefte für Naturerkenntnis und Wissenschaft. Urania-Verlag G. m. b. H., Jena. Die Urania des Menschen nennt der bekannte Vorkämpfer der freien Bewegung, Professor G. A. T. W. G., den Epigenetiker im Best der „Urania“. Er zeigt an geschichtlichen Beispielen an Ausprägungen hervorragender Denker, dass die fortschrittliche Zählung des Menschen, die Befreiung der Menschheit von den Banden der Tierheit, die historische Mission des Projekts im Sinne von Karl Marx ist. Auch der übrige naturwissenschaftliche Inhalt dieses „Urania“-Heftes beweist, dass treffliche illustrierte Bildungszeitung unseres eigenen mit Erfolg bemüht ist, den Weg zum Sozialismus zu weisen. Das Heft „Der Welt“ bringt einen Beitrag von D. über die Wirkung von Röntgenstrahlen auf menschliches Leben und propagiert das Licht-Buch-Wesen und das sich immer einbürgernde Wasserwandern. Als L. e. b. e. t. a. b. e. w. a. l. t. e. s. M. a. l. e. n. t. i. e. s. aus dem Heftelberger Niederblatt darge-

Aus der Praxis für die Praxis. Im Maiheft der „Urania“, die als Beilage zur „Bücherverwaltung“ erscheint, wiederum eine Reihe wichtiger Probleme aus unserer Kulturarbeit erörtert. Walter Fabian bezieht seinem Artikel: „Ziele der Erwerbslosenbildung“ die Aufmerksamkeit der Hörer als die wichtigste Aufgabe unserer sozialen Bildungsarbeit. Albert Hubert behandelt in seinem Artikel: „Unsere Bildungsarbeit und die Erwerbslosen die brennende Frage der Heranziehung der Erwerbslosen, besonders der jugendlichen Erwerbslosen zu den verschiedenen Bildungsveranstaltungen. Der Aufsatz von G. F. r. i. e. s. „Mittel für die Bildungsarbeit“, weist offen, die Bildungsarbeit, die wir heute tun, die Wege, um zu einer eigenen, erfolgreichen Arbeit zu gelangen. Weiter folgen Heftbeispielen von Karl Bröger zur Sonnenwendfeier wie Programme zur Sonnenwendfeier von W. G. e. h. d. a. „Bücherverwaltung“ selbst enthält in ihrer Nummer u. a. aufschlussreichen Aufsatz von Anna G. i. e. m. s. e. n. über „Dichtung“, der die wichtigsten Erscheinungen der Welt unter dem Gesichtspunkte ihrer Bedeutung für den proletarischen Befreiungskampf wie auch für die Erkenntnis der gesellschaftlichen Umwelt wertet. Es folgen dann zahlreiche Besprechungen aus den verschiedensten Gebieten. Die „Bücherverwaltung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Heft durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Nummern kosten 75 H. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin G. M. 68, Lindenstraße 3, stellt Nummern gern zur Verfügung.

Vom 16. bis 22. Mai ist die 20. Beitragswoche

**Sterbefälle.**

- Hamburg. Am 26. April starb unser Kollege R. N. i. t. t. e. r im Alter von 26 Jahren. — Am 26. April starb unser Kollege J. o. a. c. h. i. m. S. c. h. w. a. r. z im Alter von 77 Jahren.
- Köln. Am 21. April starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege O. t. t. o. S. e. i. f. e. r im Alter von 37 Jahren an Herzschwäche. — Am 21. April starb der Kollege J. o. h. a. n. n. P. a. s. c. h. im Alter von 52 Jahren an Gehirnschlag.
- Leipzig. Unerwartet starb am 5. April unser Kollege Lackierer O. t. t. o. M. a. r. g. an Gehirnschlag im Alter von 60 Jahren. — Zahlstelle G. r. o. i. s. c. h. Infolge der Erkrankung der Arbeitsstelle starb am 4. Mai unser Kollege O. t. t. o. S. e. i. f. e. r, geboren am 26. November 1907 in Leipzig. Er hatte sich insbesondere um die Lehrlingsabteilung große Verdienste erworben.
- Wais. Am 7. Mai starb plötzlich infolge Betriebsunfall unser treues Mitglied, Kollege A. d. o. l. f. B. e. c. k. e. r im Alter von 52 Jahren.

Chre ihrem Andenken!